

## ■ 1 Einleitung

### Hoffnungsträger Mittelstand

Bereits vor einem Jahr lieferten Frühindikatoren, wie der Ifo-Geschäftsklimaindex, und auch die vorliegende Analyse zur Wirtschaftslage des Mittelstandes die ersten Zahlen, die auf eine Abschwächung der Konjunktur deuten ließen. Im Herbst 2000 lautete die Überschrift zur vorliegenden Einleitung noch: „Es wachsen die Schatten ...?“. Das Fragezeichen kann nun getrost verschwinden: Das Bruttoinlandsprodukt „verharrt“ (BMF) auf dem Niveau des Vorjahres. Im ersten Quartal war noch ein hauchdünner Anstieg von 0,4 Prozent erreicht worden.

Die Konjunktur tritt auf der Stelle. Die bestimmenden negativen Größen setzen sich durch. Die schwache Wirtschaft in den USA, die den Export zwar noch nicht schwächt, aber auch keine weiteren Impulse erwarten lässt, die Wiederkehr der Probleme am Arbeitsmarkt und die flauere Binnenkonjunktur, die sowohl beim privaten Konsum als auch bei der unternehmerischen Nachfrage kaum Hoffnungen zu machen vermag, sorgen dafür, dass das „Unwort“ Rezession vermehrt auftaucht. Die Ansichten sind geteilt: Auf der einen Seite die Optimisten, die mit der Perspektive eines anbrechenden Wahlkampfes im augenblicklichen Stillstand nur eine Atempause auf dem weiteren Weg nach oben sehen und auf der anderen Seite die Pessimisten, die unter Einbeziehung der prekären weltpolitischen Lage und der Rückgänge an den Finanzmärkten eine internationale Wirtschaftskrise prognostizieren.

Bei der Frage nach der weiteren Entwicklung rückt der Mittelstand ins Zentrum. Nicht nur, weil er immer noch den größten Anteil am Wirtschaftswachstum hält und die meisten Arbeitsplätze stellt, sondern auch, weil die Hoffnung sich darauf richtet, dass mittelständische Unternehmen weniger von konjunkturellen Schwankungen abhängig seien. Nach dem Einbruch bei der Börsenkapitalisierung mancher Konzerne und dem Streichen von Arbeitsplätzen, setzt man auf kleine und mittlere Unternehmen als Hort der Stabilität.

*Ruhe vor dem Sturm?*

„Mittelstand ist der Fels in der Brandung“, so meldet sich Bundeswirtschaftsminister Müller zu Wort. „Wir haben Wachstum und keine Rezession. Dies gilt besonders für den Mittelstand.“, führt der Minister weiter aus. Die vorliegenden aktuellen Aussagen der berufenen Unternehmen mögen darauf eine Antwort geben.

Allerdings hat der Mittelstand nicht nur mit der Konjunktur zu kämpfen – auch seine Finanzierung rückt ihn ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Unter dem Schlagwort „Basel II“ ist nach der Finanzierung kleinerer Betriebe in Deutschland zu fragen, die sich nun auf der Basis neuartiger Ratings möglicherweise mit steigenden Kreditkosten konfrontiert sehen. Dem Strukturthema „Finanzierung“ soll hier ein wichtiger Abschnitt gelten. Einen konjunkturellen Aufschwung wird es mit dem Mittelstand langfristig nur geben, wenn auch seine Finanzbasis stärker wird.

## ■ 2 Die aktuelle Geschäftslage des Mittelstandes im Herbst 2001

### 2.1 Auftragslage

Die Auftragslage ist eine Größe volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, bei der die Unterscheidung von Großunternehmen und kleinen und mittleren Betrieben relevant wird. Die Auftragslage als statistischer Wert generiert die Zahlen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, das heißt der Industrie. Die Vielzahl kleiner unternehmerischer Einheiten im Verarbeitenden Sektor, etwa aus dem Handwerk, finden kaum Eingang. Der Begriff wird aber nicht im Hinblick auf Unternehmensgrößenklassen, sondern auch für andere Wirtschaftsbereiche umfassender gebraucht: Wenn an dieser Stelle von anderen Branchen und ihrer Auftragslage die Rede ist, so ist dieser Begriff „cum grano salis“ zu lesen – so ist im Einzelhandel etwa die Kaufbereitschaft der Verbraucher thematisiert.

Die Bewertungen zur Auftragslage im deutschen Mittelstand haben gelitten. Vor einem Jahr sprachen 41,6 Prozent der Befragten von einer sehr guten bis guten Ordersituation; im Herbst 2001 sind es noch 32,7 Prozent. Immerhin konnten die Noten des Mittelfeldes

### **Mehr Mittelstand bei der Auftragslage**

zwischen befriedigend und ausreichend einen Teil derjenigen auffangen, die kein gutes Votum mehr zu geben vermögen: 45,0 Prozent waren es 2000; 2001 sprechen 51,2 Prozent von einer befriedigenden bis ausreichenden Auftragslage. Markante Zunahmen sind bei den schlechten Bewertungen zu registrieren – 16,0 Prozent (Vorjahr: 11,3 Prozent) sprechen von einer mangelhaften bis ungenügenden Auftragsituation. Damit hat sich der Saldo von 30,3 Prozent (2000) auf 16,7 Prozent fast halbiert.

**Tab. 1: Auftragslage im Mittelstand**

■	sehr gut – gut	32,7 (41,6)
	befriedigend – ausreichend	51,2 (45,0)
	mangelhaft – ungenügend	16,0 (11,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Industrie – dies weisen die offiziellen Zahlen aus – hatte im Juli bei den Ordnern noch einen Rückgang von 4,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat hinzunehmen. Bemerkenswert: Vorleistungs- und Investitionsgüter (minus 6,9 bzw. minus 3,8 Prozent) bestimmen die negative Entwicklung. Die Konsumgüterindustrie konnte am aktuellen Ende sogar ein leichtes Plus von 1,2 Prozent bei den Auftragseingängen erreichen. Mit einem positiven Saldo von 21,6 Prozent ist der Verarbeitende Sektor glimpflich davongekommen. Dennoch: Ein Rückgang von 10,4 Prozentpunkten bei den positiven Aussagen (2001: 35,1 Prozent; 2000: 45,5 Prozent) ist bedenklich, auch wenn 51,3 Prozent (2000: 43,2 Prozent) immerhin von befriedigender und ausreichender Geschäftslage sprechen.

### ***Konsumgüterproduktion läuft noch***

**Tab. 2: Auftragslage der Hauptwirtschaftsbereiche**

■	sehr gut und gut	befriedigend und ausreichend	mangelhaft und ungenügend
Verarb. Gewerbe	35,1 (45,5)	51,3 (43,2)	13,5 ( 8,9)
Bau	31,8 (37,3)	49,9 (46,3)	18,3 (14,8)
Handel	25,6 (36,1)	56,2 (46,0)	18,1 (15,8)
Dienstleistungen	39,0 (45,8)	46,1 (45,2)	14,3 ( 6,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

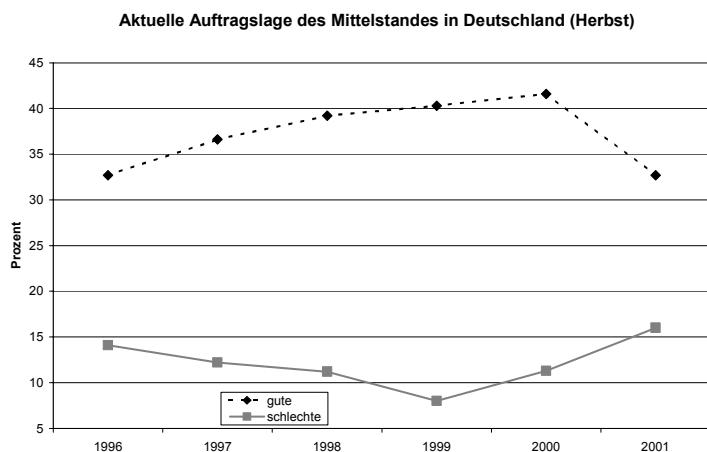
Von der relativ guten Ordersituation im Konsumgüterindustriesektor verspürt der Handel allerdings wenig. So sind bei ihm die positiven Bewertungen von 36,1 (2000) auf 25,6 Prozent (2001) gefallen. Der positive Saldo liegt nunmehr noch bei 7,5 Prozent. Tatsächlich rechnet HDE-Präsident Franzen für das ganze Jahr mit einem realen Umsatzminus von 0,5 Prozent – zuletzt bedingt durch die weitere Verunsicherung der Verbraucher im Zusammenhang mit den Ereignissen in den USA und dem Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen. Immerhin hatte der Einzelhandel im Juli noch ein reales Plus von 0,9 Prozent geschafft; es bleibt zu hoffen, dass die pessimistische Aussage des Verbandspräsidenten nicht eintritt (dagegen musste der Großhandel mit einem Minus von 0,2 Prozent im Juli leben).

Die Misere am Bau ist bekannt: So lag die „Erzeugung“ im ersten halben Jahr 2001 um minus 13,6 Prozent unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Mit 13,5 Prozent Saldo von guten und schlechten Bewertungen der Order erweisen sich die Betriebe in dieser Branche nach dem Handel am negativsten.

### **Schlechtestes Jahr seit 1996**

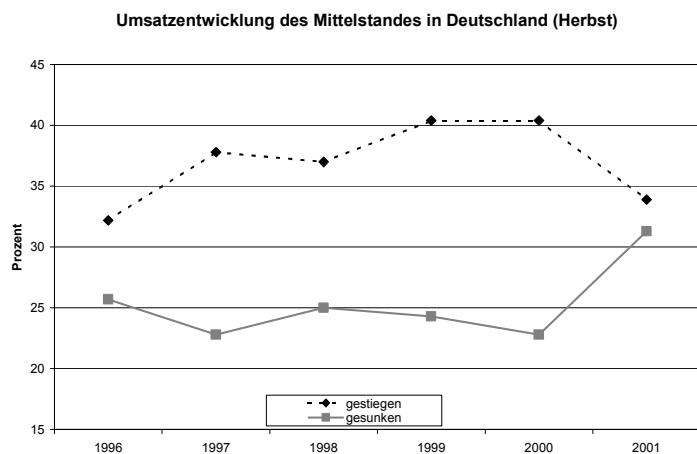
Trotz der Flaute hält sich der Dienstleistungssektor – dem man ja überhaupt nur eine geringe Konjunkturreaktivität nachsagt – am besten: Hier ließ der Anteil positiver Aussagen im Vergleich zu anderen Branchen eher geringfügig von 45,8 (2000) auf 39,0 Prozent (2001) nach. Allerdings verdoppelte sich die Zahl mangelhafter und ungenügender Bewertungen von 6,6 auf 14,3 Prozent.

Im Rückblick auf die letzten Jahre liegt der Anteil positiver Bewertungen genau auf dem Ergebnis des Jahres 1996, das mit weniger als einem Prozent Wachstum ein Zwischentief in der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der zweiten Hälfte der letzten Dekade aufwies. Sogar schlechter noch: Negative Bewertungen liegen mit 16,0 Prozent in diesem Jahr höher als 1996 mit 14,1 Prozent.



## 2.2 Umsatzsituation

Vom schwachen Jahr 1996, das bei der Veränderung des BIP unter ein Prozent gegenüber dem Vorjahr blieb, war bereits bei den Aufträgen die Rede. Auch im Zusammenhang mit der Umsatzentwicklung im Mittelstand muss bis 1996 zurückgegangen werden, um ähnlich schlechte Werte zu bekommen. Mit knapp einem Drittel von Betrieben mit sinkenden Umsätzen ist 2001 ein negatives Rekordjahr im Vergleich zu den letzten sechs Jahren.



33,9 Prozent der KMU in Deutschland sprechen von steigenden Umsätzen im vergangenen halben Jahr – im Vorjahr waren es noch 40,4 Prozent. Anders als bei der Auftragslage finden sich die Abgänge bei den positiven Aussagen nicht im Mittelfeld stabiler Umsatzentwicklungen, sondern bei den Betrieben mit sinkenden Umsätzen: 31,3 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen verweisen auf fallende Umsatzkurven,

im Vorjahr waren es 22,8 Prozent. 1996 sprachen 32,2 Prozent des Mittelstandes von steigenden Umsätzen; 25,7 Prozent von fallenden.

**Tab. 3: Umsatzentwicklung im Mittelstand**

■	gestiegen	33,9 (40,4)
	stabil	34,7 (35,0)
	gesunken	31,3 (22,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Auch wenn das Verarbeitende Gewerbe Abstriche machen muss, so bleibt es doch mit 38,1 Prozent der Unternehmen, die steigende Umsätze vorweisen können, an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche (2000: 45,4 Prozent). Im gesamtwirtschaftlichen Kontext stabil hält sich auch der Dienstleistungssektor: 35,1 Prozent der Befragten nennen steigende Umsätze; im Vorjahr waren es noch 37,2 Prozent. Nur 26,8 Prozent der KMU unter den Dienstleistern nennen sinkende Umsätze – der geringste Wert unter allen Branchen.

**Tab. 4: Umsatzentwicklung der Hauptwirtschaftsbereiche**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	38,1 (45,4)	32,7 (34,6)	29,2 (19,2)
Bau	28,3 (35,4)	39,4 (37,2)	32,3 (26,2)
Handel	28,7 (41,8)	34,1 (35,4)	36,9 (21,4)
Dienstleistungen	35,1 (37,2)	37,8 (33,2)	26,8 (25,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Dabei ist auch der unternehmensnahe Dienstleistungsbereich nicht auf Rosen gebettet. Die gemeinsam von Creditreform und ZEW durchgeführte Untersuchung zur Dienstleistungskonjunktur hatte, nach einer konjunkturellen Stabilisierung, die sich im ersten Quartal 2001 abzeichnete, im zweiten Quartal eine Verschlechterung aufzuweisen. Hier sprachen 38,3 Prozent der Unternehmen von steigenden Umsätzen, 22,3 Prozent führten Umsatzrückgänge ins Feld.

Im Zeichen der Krise haben sich die Unterschiede in der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland geschlossen. Tatsächlich nennen mehr ostdeutsche Be-

triebe Umsatzsteigerungen im letzten halben Jahr (35,9 Prozent) als dies westdeutsche Unternehmen vermögen (33,1 Prozent). Der Anteil von KMU, die sinkende Umsätze in den vergangenen sechs Monaten hinzunehmen hatten, bleibt in Ost und West bei 31,4 bzw. 31,2 Prozent annähernd gleich.

### **Konvergenz unter negativen Vorzeichen**

Einen positiven Wert weisen die problemgeladenen, aktuellen Konjunkturzahlen aus: Die Preise stabilisieren sich wieder. Nachdem es im Frühjahr vor allem bei den Energie- und Nahrungsmittelpreisen zu deutlichen Erhöhungen gekommen war, zeigen sowohl die Erzeuger- als auch die Verbraucherpreise seit dem Sommer geringere Anstiege. Interessanter als die Verbraucherpreisstufe ist hier allerdings der Erzeugerpreisindex. Dieser hatte im Juni noch 4,3 Prozent, im Juli 3,1 Prozent betragen und ist schließlich im August auf 2,7 Prozent zurückgegangen.

Die Zahl der Betriebe, die ihre Angebotspreise erhöht haben, ist von 18,2 Prozent (2000) auf 15,2 Prozent zurückgegangen. Dienstleister (2001: 13,8 Prozent; 2000: 13,9 Prozent) und das Verarbeitende Gewerbe (2000: 17,6 Prozent; 2001: 15,0 Prozent) bleiben am ehesten in der Lage, für ihre Produkte und Leistungen höhere Preise zu verlangen. Dagegen müssen Bau sowie Einzel- und Großhandel verstärkt von Preiserhöhungen abrücken. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen bei der Auftragslage und den Umsätzen ist es diesen beiden Wirtschaftszweigen nicht möglich gewesen, mit höheren Preisen an den Markt zu gehen.

### **Der Bau kann höhere Preise nicht durchsetzen**

**Tab. 5: Gestiegene Angebotspreise**

■	Verarbeitendes Gewerbe	15,0 (17,6)
	Bau	9,8 (12,6)
	Handel	20,0 (28,0)
	Dienstleistungen	13,8 (13,9)
	Gesamt	15,2 (18,2)

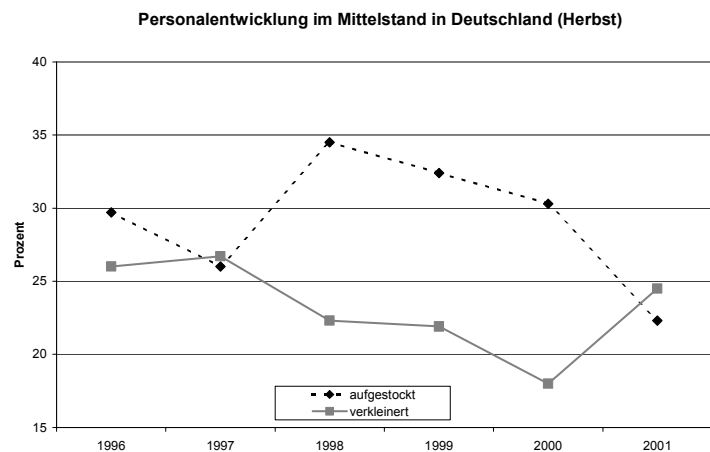
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

## **2.3 Arbeitsmarkt**

Als „herben Schlag“ hat Arbeitgeberpräsident Hundt die jüngsten Zahlen zum Arbeitsmarkt im August 2001

bezeichnet. 3,8 Millionen Arbeitslose scheinen ein Indiz dafür zu sein, dass die Verbesserungen in der Zeit davor wohl nur ein Strohfeuer waren. Dabei spielt letztendlich wohl weniger der Zusammenhang von Konjunktur und Arbeitsmarkt eine Rolle – in Deutschland sind es vor allem die Probleme um die Flexibilisierung der Arbeit, die Hürden und Widerstände im Sozial- und Arbeitsrecht, die vor allem für den Mittelstand und „seine“ Arbeitsmarktsituation eine Rolle spielen.

Die kleinen und mittleren Betriebe haben seit der Erholung im Jahre 1998 (34,5 Prozent nannten Aufstockungen) bei den positiven Aussagen zu ihrem Arbeitsmarktverhalten kontinuierlich „abgebaut“. Nur bei den Verkleinerungen des Personalbestandes lagen die Werte aus den Jahren 1996 (26,0 Prozent) und 1997 (26,7 Prozent) höher als im Herbst 2001 (24,5 Prozent).



Bei der Entwicklung des Personalbestandes hat der Mittelstand zum ersten Mal nach 1997 (minus 0,7 Prozent) einen deutlich negativen Saldo vorzuweisen (minus 2,2 Prozent).

**Tab. 6: Personalbestand im Mittelstand**

■	aufgestockt	22,3 (30,3)
	unverändert	53,2 (50,8)
	verkleinert	24,5 (18,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wird bestimmt von den Betriebsergebnissen, die bei den Konzernen am Börsenbarometer abzulesen sind, vielleicht bei kleinen und mittleren Unternehmen, für die das Handwerk stellvertretend anzuführen ist, am Umsatz. So waren im Handwerk in Deutschland binnen Jahresfrist (zwischen Juni 2000 und Juni 2001) 3,8 Prozent weniger Beschäftigte vorzuweisen. Im Zusammenhang mit dieser Zahl merkt das Statistische Bundesamt an, dass die selbstständigen Handwerksunternehmen im zweiten Vierteljahr 2001 einen um 1,9 Prozent niedrigeren Umsatz als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres erwirtschafteten. Über die Branchen hinweg zeigt die aktuelle Entwicklung ein Bild, wie es schon von den Umsatz- und Auftragsbewertungen bekannt ist: Während Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleister trotz der Rückgänge immer noch positive Salden vorweisen können, bedeutet der verschärfte Abbau im Bau- und Handelssektor per Saldo rote Zahlen.

## **Umsatz schafft Arbeitsplätze**

**Tab. 7: Personalbestand der Hauptwirtschaftsbereiche**

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	25,0 (33,5)	53,2 (49,8)	21,8 (15,8)
Bau	18,4 (26,3)	50,4 (50,5)	31,1 (22,1)
Handel	18,3 (26,5)	57,2 (52,8)	24,5 (19,8)
Dienstleistungen	27,2 (33,6)	50,4 (50,3)	22,0 (15,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

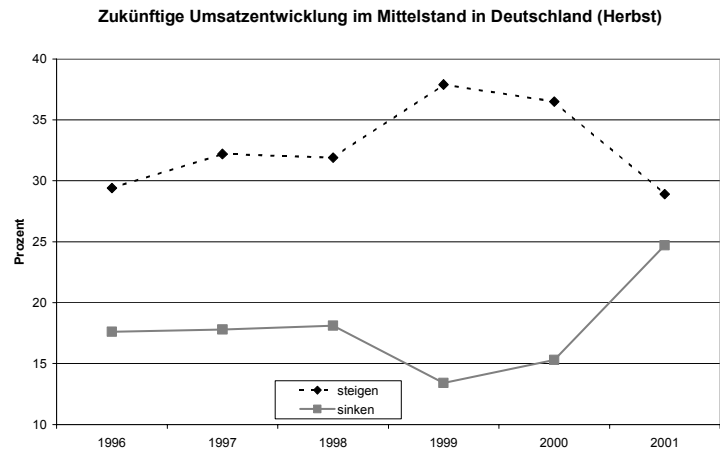
Es sind im Verarbeitenden Gewerbe vor allem die Branchen Eisen/Metall (33,2 Prozent) sowie Elektrotechnik (27,2 Prozent), die noch Mitarbeiter eingestellt haben. Auch im Dienstleistungsbereich Datenverarbeitung schaffen 47,0 Prozent der Betriebe neue Arbeitsplätze. Die negativsten Zahlen weisen die verarbeitenden Bereiche Steine/Erden (45,4 Prozent Entlassungen) sowie die Dienstleister im Abfall- und Abwasserbeseitigungssektor (32,3 Prozent) auf.

### ■ 3 Erwartungen des Mittelstandes

#### 3.1 Die weitere Entwicklung der Umsätze

Der Höhepunkt hoffnungsvoller Umsatzerwartungen war im Mittelstand im Herbst 1999 erreicht worden: Vor

zwei Jahren hatten 37,9 Prozent der KMU auf steigende Umsätze gesetzt; nur 13,4 Prozent der Befragten fürchteten ein Sinken des Umsatzes. Bereits im Vorjahr zeigten sich die ersten negativen Tendenzen: Vor allem das Dienstleistungsgewerbe hatte seine optimistischen Umsatzprognosen um mehr als zehn Prozentpunkte nach unten korrigiert.



Ein Blick auf die aktuellen Jahresveränderungsraten im Hinblick auf die Umsatzerwartungen zeigt einen Einbruch: Positive Aussagen sind von 36,5 Prozent (2000) auf 28,9 Prozent zurückgegangen. Der Anteil derjenigen, die schwächere Umsätze im nächsten halben Jahr befürchten, hat von 15,3 Prozent (2000) auf 24,7 Prozent (2001) zugenommen.

**Tab. 8: Umsatzerwartungen im Mittelstand**

■	steigend	28,9 (36,5)
	stabil	46,0 (46,6)
	sinkend	24,7 (15,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

**Auswirkungen der Terroranschläge?**

Im Zeitraum dieser Befragung erhielten die Betriebe die Nachrichten von den Terroranschlägen in New York und Washington. Es ist davon auszugehen, dass die Hiobsbotschaften und die damit verbundenen Ängste für die Zukunft des Weltfriedens und damit auch der Weltwirtschaft einen weiteren negativen Ausschlag bei den vorliegenden Zahlen bewirkt haben. Vor allem eine langandauernde kriegerische Auseinandersetzung als „Kampf der Kulturen“ würde die labile

Weltwirtschaft zum Kippen bringen. Die schnelle Reaktion sowohl der amerikanischen wie auch europäischen Notenbank gab sicher einen positiven Anhaltspunkt. Dennoch könnten Verbraucher und Investoren noch stärker Zurückhaltung üben, allein die abwartende Haltung der „Wirtschaftssubjekte“ würde reichen, die aktuelle Stagnation in eine Rezession zu überführen.

Haben die Dienstleister die Wirtschaftskrise bereits im Vorjahr vorweggenommen? Ihre Antworten jedenfalls sind gegenüber dem Vorjahr – zumindest bei den optimistischen Aussagen – recht stabil geblieben. Waren es 2000 33,4 Prozent, die auf Umsatzsteigerungen setzten, so sind es in diesem Jahr immer noch 32,6 Prozent. Allerdings hat der Anteil der Pessimisten von 14,3 auf 22,5 Prozent zugenommen.

Der Bau, der gegen Ende des Frühjahrs noch eine gewisse Stabilisierung – vor allem bei der Nachfrage gewerblicher Auftraggeber – gezeigt hatte, sieht seine weiteren Umsätze jetzt wieder am pessimistischsten unter allen Wirtschaftsbereichen. Nur 19,2 Prozent der Bauunternehmen (Vorjahr: 28,6 Prozent) können steigende Umsätze in Aussicht stellen. 33,0 Prozent (2001) sprechen von sinkenden Umsätzen im nächsten halben Jahr (Vorjahr: 22,6 Prozent). Vor allem der Wohnungsbau, der seit Beginn der Baukrise Mitte der neunziger Jahre den steilsten Weg nach unten gehen musste, zeigt auch jetzt wenig Erholung. Im Vorjahr war es der Handel, der mit 41,6 Prozent der Befragten an der Spitze optimistischer Umsatzerwartungen stand. Vor allem der Einzelhandel hatte damals wohl viele Hoffnungen auf die kommenden Steuererleichterungen gesetzt. Dass diese Erleichterungen für den Verbraucher dann von den steigenden Inflationsraten im Frühjahr aufgezehrt wurden, und die Gelder nur noch zu einem geringeren Teil dem Handel zuflossen, hatte man nicht in Rechnung gestellt. Auf dem Level des Handels liegt das Verarbeitende Gewerbe: In beiden Wirtschaftsbereichen nahm der Anteil positiver Aussagen um rund zehn Prozentpunkte ab, in gleichem Maße stiegen die negativen Auskünfte zur weiteren Entwicklung der Umsätze.

### ***Enttäuschung im Handel***

**Tab. 9: Umsatzerwartungen der Hauptwirtschaftsbereiche**

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	30,2 (40,5)	47,7 (46,7)	22,2 (11,3)
Bau	19,2 (28,6)	47,3 (48,3)	33,0 (22,6)
Handel	30,9 (41,6)	44,9 (42,1)	23,4 (14,8)
Dienstleistungen	32,6 (33,4)	44,6 (49,5)	22,5 (14,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Angaben zur weiteren Preisentwicklung sind nicht nur Gradmesser veränderter Kosten der Unternehmer, die „weitergereicht“ werden müssen, sondern auch der Erwartungen an den Markt. So dürften die im Frühjahr gestiegenen Verbraucherpreise für Nahrungs- und Genussmittel auch darauf zurückzuführen sein, dass die Händler darauf setzten, ihre dürftigen Spannen ein wenig zu erweitern. Nachdem die Erzeugerpreise bereits im Jahre 2000 mit 3,4 Prozent weit über der Entwicklung der letzten Jahre gelegen hatten, wurden im Frühjahr (April: plus 5,0 Prozent) 2001 neue Rekordmarken erreicht. Im Sommer kam es dann zu Abschwächungen beim Preisdruck.

**Tab. 10: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise**

■	steigen	31,1 (32,7)
	gleich bleiben	50,8 (52,7)
	sinken	17,5 (13,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Verglichen mit der Entwicklung bei den Aussagen zu den Umsätzen verhält man sich bei den avisierten Angebotspreisen recht stabil: Im Vorjahr sprachen 32,7 Prozent der KMU von steigenden Preisen – in diesem Jahr sind es 31,1 Prozent. Allerdings fürchten 17,5 Prozent Preissenkungen; im letzten Jahr waren es nur 13,0 Prozent.

Die Dienstleistungsbereiche sehen sogar noch einen höheren Anteil von Betrieben, die auf Steigerungen ihrer Angebotspreise im nächsten halben Jahr setzen (31,4 Prozent; Vorjahr: 29,7 Prozent). Allerdings kommt es auch hier, wie in den anderen Wirtschaftsbereichen, zu einer deutlichen Steigerung der negati-

**Nur einzelne Branchen haben noch Spielraum**

ven Aussagen. Es sind vor allem die Groß- und Einzelhändler mit Verbrauchs- bzw. Konsumgütern, die Preiserhöhungen durchsetzen wollen (45,1 bzw. 46,5 Prozent). Gerade die Nahrungs- und Genussmittelin-  
dustrie kann im Verarbeitenden Gewerbe – so lauten jedenfalls die Hoffnungen – Preiserhöhungen durch-  
setzen (36,1 Prozent).

**Tab. 11: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise  
in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	steigen	gleich bleiben	verkleinert
Verarb. Gewerbe	26,1 (34,4)	55,2 (52,2)	17,3 (12,2)
Bau	21,4 (21,2)	50,8 (58,0)	27,3 (20,1)
Handel	41,6 (43,1)	45,3 (42,8)	12,8 (11,7)
Dienstleistungen	31,4 (29,7)	52,8 (58,8)	15,5 ( 9,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### 3.2 Zukunft des Arbeitsmarktes

Im Zeichen guter Konjunktur hatte sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt. Seit Beginn dieses Jahres wendet sich das Blatt: Die Arbeitslosenquote liegt wieder bei 9,3 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen schiebt sich langsam auf die Vier-Millionen-Grenze zu. Deutlichen Ausdruck fand diese Entwicklung in der New Economy: Nach einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums hat dieser Wirtschaftssektor rund 700.000 Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren in Deutschland geschaffen. Schwappt die Entwicklung aus den USA im Bereich Telekommunikation oder Hochtechnologie herüber, so sind jetzt Arbeitsplatzverluste in sechsstelliger Höhe hinzunehmen.

Kleine und mittlere Unternehmen, bei denen immerhin rund zwei Drittel der Beschäftigten in Deutschland ihr Auskommen finden, haben ihre Personalplanungen gegenüber dem Vorjahr zurückgenommen. Nur 11,2 Prozent der KMU berichten, dass sie weitere Einstellungen vornehmen werden (Vorjahr: 15,2 Prozent). 23,1 Prozent (Vorjahr: 16,5 Prozent) setzen leider Personalverkleinerungen auf ihre Agenda.

**Tab. 12: Entwicklung des Personalbestandes**

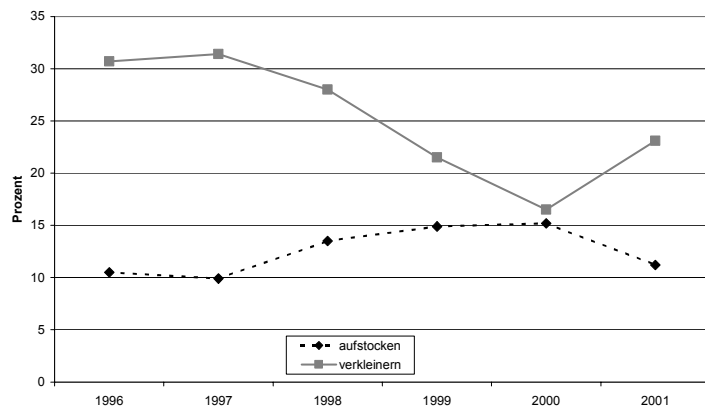
■	aufstocken	11,2 (15,2)
	unverändert	65,4 (67,1)
	verkleinern	23,1 (16,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

**KMU behalten ihre  
Mitarbeiter**

Mittelständische Unternehmen haben eine sehr viel engere Beziehung zu Mitarbeitern als die meisten Großbetriebe. Sie sind aber auch besonders personalintensiv. Nach einer Darstellung der KfW müssen sie 30 Prozent ihres Umsatzes für Löhne und Gehälter einsetzen – bei Großunternehmen sind es nur 22 Prozent. Vielleicht ist dies aber auch ein Grund dafür, dass man sich zu rund 60 Prozent (im Mittel der letzten Jahre) für einen unveränderten Personalbestand entscheidet. Allerdings ist der Saldo bei den Personalveränderungen im Mittelstand in diesem Zeitraum immer in den roten Zahlen gewesen.

**Zukünftige Personalentwicklung im Mittelstand in Deutschland (Herbst)**



Alle Wirtschaftsbereiche verzeichnen im stärkeren Maße Betriebe, die angeben, ihre Personaldecke zu verkleinern. Außer beim Handel (12,8 Prozent; Vorjahr: 10,6 Prozent) sind positive Berichte über die weitere Personalentwicklung zurückgegangen. Bemerkenswert ist die Aussage vor allem der Großhändler, die sowohl im Sektor Investitionsgüter (14,5 Prozent) als auch bei den Konsumgütern (15,5 Prozent) Personal hinzunehmen wollen. Nur der Dienstleistungsbereich „Datenverarbeitung“ zeigt sich unverdrossen von dem, was Silicon Valley vorzeichnet: 40 Prozent der Unternehmen möchten Mitarbeiter einstellen, nur 12,0

**IT stellt immer noch  
Arbeitsplätze**

Prozent sprechen für die Zukunft von einer geringeren Mitarbeiterzahl.

**Tab. 13: Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Verarb. Gewerbe	10,4 (15,7)	69,2 (70,1)	20,0 (13,3)
Bau	3,6 ( 8,5)	60,3 (61,9)	36,2 (27,8)
Handel	12,8 (10,6)	64,3 (71,3)	22,6 (17,6)
Dienstleistungen	16,1 (25,0)	66,9 (63,6)	16,7 ( 9,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Für die Zukunft des Arbeitsmarkts im Mittelstand nähert sich Westdeutschland den ostdeutschen Werten: Nur noch 11,5 Prozent der Betriebe im Westen wollen Personal aufnehmen (Vorjahr: 15,7 Prozent); in Ostdeutschland sind es 10,5 Prozent (Vorjahr: 14,0 Prozent). Von einer geringeren Mitarbeiterzahl in naher Zukunft sprechen 21,8 Prozent der westdeutschen KMU (Vorjahr: 12,1 Prozent); in Ostdeutschland ist mit 26,7 Prozent eine leichte Verbesserung bei den negativen Aussagen gegenüber dem Vorjahr (29,6 Prozent) erreicht worden.

**Tab. 14: Entwicklung des Personalbestandes in Ost- und Westdeutschland**

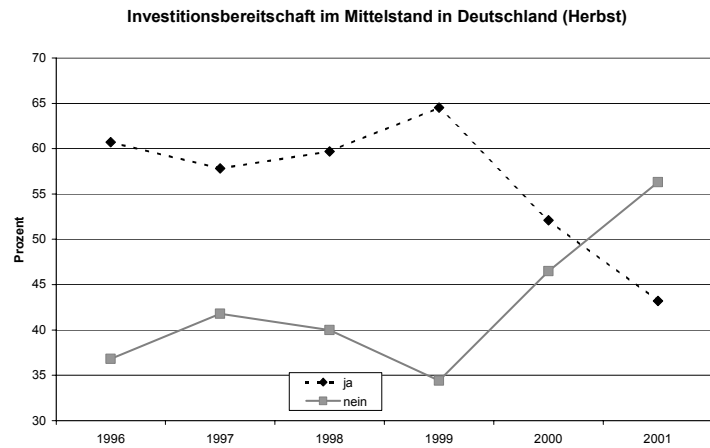
■	West	Ost
aufstocken	11,5 (15,7)	10,5 (14,0)
unverändert	66,4 (71,3)	62,9 (54,6)
verkleinern	21,8 (12,1)	26,7 (29,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

### 3.3 Investitionen

Die aktuellen Rückgänge und der Pessimismus, der in manchen Aussagen zur Zukunft seinen Ausdruck findet, ist auch Kehrseite der vorangegangenen Euphorie. Im Zeichen eines endlos erscheinenden Aufstiegs, für den vor allem der Hoffnungsträger „New Economy“ stand, hat wohl so mancher Kapazitäten geschaffen und Personal eingestellt, was jetzt als „Überinvestition“ dasteht. Am Investitionswillen war – wie der langjährige Vergleich zeigt – 1999 ein All-time-high erreicht

worden (64,5 Prozent). Bereits im Vorjahr begann ein markanter Abstieg, der sich in diesem Jahr fortgesetzt hat.



**Schon im Vorjahr begann die Krise**

Die DIHK-Umfrage vom Frühsommer 2001, die bei den Investitionsabsichten ebenfalls – wenn auch nicht so deutliche – Abstriche zeigte, kommentierte: „Die Zuversicht hinsichtlich der eigenen betrieblichen Entwicklung im Jahre 2001 ist somit weithin geschwunden.“

**Tab. 15: Investitionsbereitschaft im Mittelstand**

■	Ja	43,2 (52,1)
	Nein	56,3 (46,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Kleine und mittlere Unternehmen weisen zwar – bezogen auf den Umsatz – eine höhere Investitionsquote als Großbetriebe auf, auf der anderen Seite aber lassen sich internationale Konzerne in ihren Investitionsabsichten weniger von konjunkturellen Schwankungen beeinflussen. Mittelständler sehen auf ihre künftigen Erträge und fragen sich, ob sie sich Investitionen im Zusammenhang mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ihres Betriebes leisten können. Die flauerer Aussagen zu den Gewinnen in der Zukunft, zusammen mit den Befürchtungen, die sich aus gewissen „Drohgebärden“ der Arbeitnehmerseite für anstehende Lohnrunden ergeben, sind wohl am konkretesten Motive für die fehlende Investitionsneigung.

Diese zeigt übrigens – ähnlich der Arbeitsmarktentwicklung – eine Annäherung von Ost- und Westdeutschland. Die dürftigen Aussagen in den neuen Ländern zu den Investitionen von 37,9 Prozent im letzten Jahr haben sich in 2001 auf 41,5 Prozent erholt. Damit nähern sich die neuen Länder dem schwachen Wert von 43,9 Prozent Investitionswilliger in den alten Ländern (Vorjahr: 56,9 Prozent).

**Tab. 16: Investitionsbereitschaft in Ost- und Westdeutschland**

■	2001	2000	1999
<b>Ja</b>			
West	43,9	56,9	66,1
Ost	41,5	37,9	60,3
<b>Nein</b>			
West	55,6	42,0	32,7
Ost	58,2	59,7	39,1

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Alle Wirtschaftsbereiche weisen eine schwächere Investitionsneigung als im Vorjahr auf. Besonders ausgeprägt ist die negative Entwicklung im Dienstleistungsbereich, in dem sich der Anteil investitionswilliger Betriebe von 67,6 auf 48,0 Prozent bewegt hat. Am Ende der Investitionsneigung steht nach wie vor der Bau. Nur 32,0 Prozent der befragten Baubetriebe können und wollen noch Investitionen durchführen. Eine Untersuchung des Ifo-Instituts zu Investitionen der Bauwirtschaft spricht von einem Rückgang in 2001 von 7,6 Mrd. auf 7,0 Mrd. DM.

**Tab. 17: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	50,5 (57,1)	48,8 (41,6)
Bau	32,0 (36,1)	67,5 (62,7)
Handel	40,3 (44,2)	59,7 (55,2)
Dienstleistungen	48,0 (67,6)	51,3 (30,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Zinssenkungen sind ein Signal an die Betriebe, mit „günstigem Geld“ Investitionen durchzuführen. Abgesehen davon, dass der Mittelstand seine Investitionen oft nicht adäquat im Hinblick auf Laufzeit und Ab-

**Wenig Zuversicht**

schreibung finanziert, sind Zinssenkungen alleine – vor dem Hintergrund einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – kein Anreiz. Vielfach war in den Vorjahren ein insgesamt niedrigerer Investitionswille durch ein höheres Investitionsvolumen kompensiert worden. Dies ist in diesem Herbst nicht mehr der Fall: 48,7 Prozent der Investitionswilligen wollen ein höheres Volumen bewegen (Vorjahr: 53,9 Prozent); 17,7 Prozent der KMU sprechen davon, ein geringeres Investitionsvolumen als 2000 auf die Tagesordnung gesetzt zu haben (Vorjahr: 12,2 Prozent).

**Tab. 18: Entwicklung des Investitionsvolumens im Vergleich zum Vorjahr**

■	höher	48,7 (53,9)
	gleich	33,3 (32,6)
	niedriger	17,7 (12,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Von Erweiterungsinvestitionen ist die Rede sowenig wie von Rationalisierungen. In erster Linie – jedenfalls bleiben diese Angaben auf dem Niveau des Vorjahres – werden die Betriebe in den Ersatz veralteter Anlagen und Maschinen investieren.

**Tab. 19: Art der Investitionen (Mehrfachnennung möglich)**

■	Erweiterung	47,7 (50,6)
	Rationalisierung	26,9 (33,5)
	Ersatz	54,1 (55,5)

Angaben in % der Befragten, ( ) = Vorjahresangaben  
(Investitionswillige = 100)

Die meisten Nennungen pro Erweiterungsinvestition hat der Dienstleistungssektor (54,8 Prozent); ihm folgen die Großhändler (54,6 Prozent). Die Investitionsarten sind ein Spiegel des wirtschaftlichen Geschehens im Baugewerbe: Nur 25,1 Prozent der Befragten werden Erweiterungsinvestitionen vornehmen – 65,5 Prozent planen Ersatzinvestitionen.

## ■ 4 Finanzierung des Mittelstandes Erträge, Eigenkapital, Liquidität

Um die Finanzierungssituation des Mittelstandes beurteilen zu können, bedarf es einer Betrachtung der Ertragslage der Unternehmen. Deren Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Eigenkapitalstruktur und den erlittenen Forderungsausfällen zu sehen, da in Zeiten konjunkturell bedingten Gewinnrückgangs der Eigenkapitalstruktur des Unternehmens eine große Bedeutung auch im Hinblick auf die Liquidität zukommt. Ist die Ausstattung mit Eigenkapital gering, und die Kunden zahlen schleppend oder gar nicht, können kleine Unternehmen schnell selbst in die Zahlungsunfähigkeit geraten, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, sich kurzfristig mit Fremdkapital auszuhelfen.

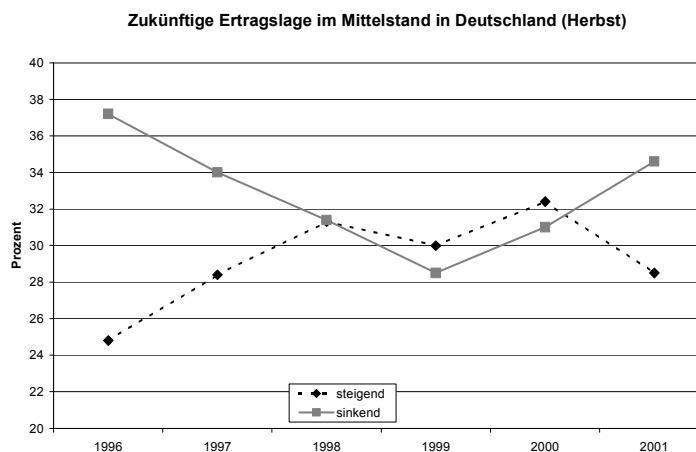
### 4.1 Erträge

Nach seiner derzeitigen Ertragslage gefragt, urteilt der Mittelstand pessimistisch: 38,7 Prozent der befragten Unternehmer geben an, weniger Erträge als im Frühjahr 2001 zu haben. Lediglich 25,7 Prozent erzielten gestiegene Gewinne. Am schwersten getroffen hat es das Baugewerbe. Hier verzeichnen 46,4 Prozent gesunkene Erträge.

### *Weniger Erträge*

Anzumerken bleibt, dass bei kleinen Firmen noch der Unternehmerlohn aus dem Gewinn zu zahlen ist. Das heißt, die Erträge in der Bilanz scheinen möglicherweise höher als sie tatsächlich sind, denn bei großen Betrieben gehören Managergehälter zum Personalaufwand.

Auch die Ertragserwartungen für das nächste Halbjahr fallen zurückhaltender aus als vor einem Jahr. Ein Ende der restriktiven Tendenzen scheint nicht in Sicht.



Mit steigenden Gewinnen rechnen 28,5 Prozent der befragten Mittelständler. Von sinkenden Gewinnen gehen 34,6 Prozent aus. Im vergangenen Jahr lag der Anteil noch bei 31,0 Prozent. Bei sinkenden Erträgen können kleine Unternehmen keine ausreichenden Reserven ansammeln, die schwierige Zeiten überbrücken helfen, oder für Investitionen eingesetzt werden können.

**Tab. 20: Zukünftige Ertragslage**

■	Steigend	28,5 (32,4)
	Stabil	36,4 (34,6)
	Sinkend	34,6 (31,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

In Westdeutschland gehen noch 30,2 Prozent von steigenden Erträgen aus – letztes Jahr waren es noch 37,0 Prozent. Im Osten gab es sowohl eine Zunahme der Betriebe, die mit steigenden Erträgen rechnen, als auch Unternehmen, die von sinkenden Erträgen ausgehen. Die Zahl der Ertragspessimisten stieg aber auch im westlichen Teil Deutschlands, und zwar von 26,8 auf 30,8 Prozent.

**Tab. 21: Zukünftige Ertragslage in Ost- und Westdeutschland**

■	West	Ost
Steigend	30,2 (37,0)	24,0 (19,1)
Stabil	38,4 (34,4)	31,1 (35,3)
Sinkend	30,8 (26,8)	44,9 (43,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die positivste Gewinnerwartung hegt der Dienstleistungsbereich, dicht gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe. 32,1 Prozent der Dienstleister rechnen im nächsten Jahr mit steigenden Gewinnen, im Verarbeitenden Gewerbe sind es 31,8 Prozent. Der Bau ist - wie auch schon im letzten Jahr - am pessimistischsten. 44,4 Prozent rechnen mit sinkenden Erträgen.

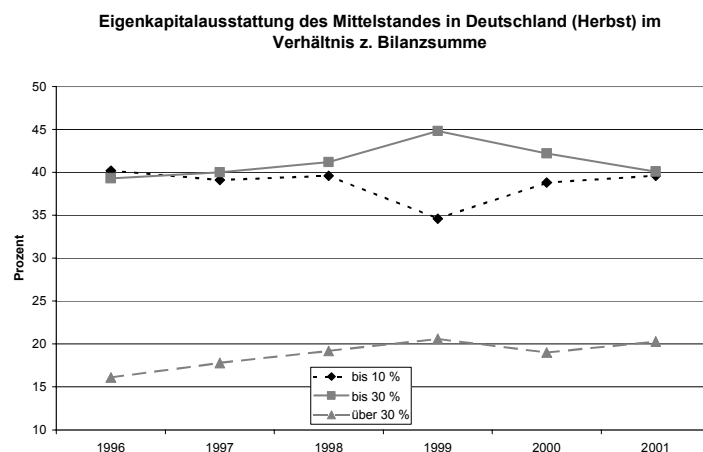
**Tab. 22: Ertragsersparungen der Hauptwirtschaftsbereiche**

■	steigend	stabil	Sinkend
Verarb. Gewerbe	31,8 (39,6)	35,6 (30,5)	32,2 (27,5)
Bau	17,7 (27,1)	37,4 (35,1)	44,4 (37,8)
Handel	29,6 (28,0)	36,2 (41,0)	34,2 (30,4)
Dienstleistungen	32,1 (32,8)	36,6 (32,9)	29,9 (30,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Je mehr Eigenkapital ein Betrieb zur Verfügung hat, desto eher kann er bei konjunkturellen Durststrecken darauf zurückgreifen und auf eine Fremdfinanzierung verzichten. Mehr als ein Drittel der befragten Unternehmer hat nicht ausreichendes Eigenkapital zur Verfügung. Die Zahl der unterkapitalisierten Betriebe mit einer Quote unter 10 Prozent der Bilanzsumme hat im Jahresverlauf von 38,8 Prozent auf nunmehr 39,6 Prozent zugenommen.

### ***Eigenkapitalausstattung fällt auseinander***



Zugenommen hat aber auch die Zahl der Betriebe, die über eine solide Kapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme verfügen (2000: 19,0; 2001: 20,3 Prozent). Das „Auseinanderfallen“ der Bewertungen ist in Zeiten einer konjunkturellen Krise oft

zu beobachten. Einige Betriebe verstehen es, die Chance zu nutzen, treiben Veränderungen voran, und können sich so verbessern – andere geraten in den Strudel des Abschwungs.

**Tab. 23: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme**

■	bis 10%	39,6 (38,8)
	bis 20%	24,7 (25,8)
	bis 30%	15,4 (16,4)
	über 30%	20,3 (19,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Grund für die geringe Kapitalausstattung mag die oben dargestellte geringe Ertragskraft sein. Wenn vom Tagesgeschäft nur ein kleines Plus bleibt, ist es schwierig, selbst über längere Zeiträume hinweg Rücklagen zu schaffen. Gerade Firmen, die nur über eine geringe Eigenkapitaldecke verfügen, sind in konjunkturell schlechteren Zeiten von der Unterstützung ihrer Bank abhängig. Mehr als die Großunternehmen ist der Mittelstand daher auf langfristige und vertrauensvolle Beziehungen zu seinen Hausbanken angewiesen, um seine Finanzierung stabil zu halten. Dies könnte schwierig werden. So müssen die Banken selbst ab 2005 ihre Kreditgeschäfte absichern, indem sie je nach Kreditrisiko Eigenkapital in bestimmter Höhe hinterlegen (Basel II). Unternehmen mit einer kleinen Eigenkapitalquote bedeuten ein höheres Risiko für die Bank, Kreditausreichungen werden sich entsprechend verteuern.

Aber auch bei den Sparkassen zeichnen sich Veränderungen ab: Spätestens ab Juli 2005 soll ihnen der Vorteil der Gewährträgerhaftung durch die Länder genommen werden. Diese dürfen nicht mehr länger ihre Hand über die öffentlich-rechtlichen Institute halten und aus der Krise helfen. Die Regelung soll die Wettbewerbsgleichheit zwischen Privatbanken und den Sparkassen wieder herstellen, wird aber auch dazu führen, dass Sparkassen das kreditsuchende Unternehmen genauer prüfen. Zudem droht – laut Institut der deutschen Wirtschaft - ein Teilrückzug der Banken

### **Veränderungen bei Banken und Sparkassen**

aus dem Kreditgeschäft: Da Banken mittlerweile mit „neuen Produkten“ wie der Börsenplatzierung von Unternehmen oder dem Anleihe- und Aktiengeschäft mehr verdienen können.

Eine Untersuchung des Instituts für Industriebetriebslehre und Organisation der Universität Hamburg präsentiert ähnliche Entwicklungen. Als Ergebnis zeigt die Analyse, dass ein Viertel aller befragten Unternehmen über eine abnehmende Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe und über eine Verschlechterung der Kundenbetreuung klagt. Als Gründe werden im wesentlichen eine Verschärfung der Bedingungen für die Kreditvergabe, eine schrittweise Reduzierung der Kreditlinie, die Schließung ortsansässiger Filialen und das Fehlen eines festen Firmenkundenbetreuers angeführt.

Für beide Kriterien, also die Bereitschaft zur Kreditvergabe und die Kundenbetreuung, empfinden insbesondere Unternehmen mit einer ungünstigeren Gewinnentwicklung, einem Jahresumsatz unter 5 Millionen DM oder einem hohen Fremdkapitalanteil eine Verschlechterung der Situation, so die Studie. Nach Angaben des KfW zahlen kleine Unternehmer schon jetzt deutlich mehr Zinsen als große. Als Grund wird auch hier neben den Nachteilen auf den Kreditmärkten auch eine niedrige Eigenkapitalausstattung angeführt.

Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD) setzte in einer Studie die Umsatzgröße von Betrieben in Relation zum Mittelzufluss. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen sind enorm: Betriebe, die einen Jahresumsatz unter 14 Millionen DM haben, finanzieren sich zu 32,8 Prozent aus Fremdkapital; nur 4 Prozent sind Eigenkapital – der Rest Rückstellungen und Abschreibungen.

Ganz anders die Situation bei den Firmen, die 80 Millionen D-Mark und mehr umsetzen. Die Fremdkapitalquote beträgt hier 17,0 Prozent. Eigenkapital ist in Höhe von 18 Prozent vorhanden.

## **Bau am wenigsten gesichert**

Richtet man den Blick auf die unterschiedlichen Eigenkapitalquoten der Hauptwirtschaftsbereiche, wird erkennbar, welche Branchen eher auf Fremdfinanzierung angewiesen, beziehungsweise insolvenzgefährdet sind: Die schlechtesten Zahlen kommen aus dem Bausektor. Dort gab es sowohl einen starken Anstieg der kapitalschwachen Betriebe (von 35,8 Prozent in 2000 auf 54,1 Prozent in 2001) als auch eine Abnahme bei den Betrieben, die über eine ausreichende Kapitaldecke von mehr als 30 Prozent der Bilanzsumme verfügen, und zwar von 18,7 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 11,9 Prozent. Bei allen anderen Hauptwirtschaftsbereichen hat die Zahl der ausreichend kapitalisierten Betriebe zugenommen.

**Tab. 24: Eigenkapitalquoten der einzelnen Wirtschaftszweige**

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	35,3 (32,6)	23,8 (26,2)	15,2 (18,5)	25,7 (22,6)
Bau	54,1 (35,8)	20,8 (32,4)	13,2 (13,2)	11,9 (18,7)
Handel	38,5 (45,4)	25,4 (20,5)	14,9 (15,7)	21,1 (18,4)
Dienstleistung	34,2 (42,0)	27,9 (25,2)	17,7 (17,4)	20,2 (15,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) Vorjahresangaben

## **4.2 Zahlungsverhalten und Forderungsausfälle**

Finanzschwache Kunden versuchen, ihre Liquidität durch Streckung der Zahlungsziele zu erhöhen. Dadurch kann sich auch die Liquidität des Geschäftspartners verschlechtern. Die Bewertungen des Zahlungsverhaltens zeigen eine Verschlechterung der Lage im Vergleich zum Vorjahr: Die Zahl der sehr guten Bewertungen hat von 4,6 Prozent im letzten Jahr auf aktuell 3,2 Prozent abgenommen. Zugenommen haben aber die mit mangelhaft bewerteten Zahlungseingänge von Kunden, von 14,8 Prozent in 2000 auf 16,3 Prozent in diesem Jahr.

**Tab. 25: Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes**

■	sehr gut	3,2 ( 4,6)
	gut	24,3 (22,4)
	befriedigend	35,5 (37,6)
	ausreichend	20,6 (18,8)
	mangelhaft	16,3 (14,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Beim Blick auf das Zahlungsverhalten - nach Ost- und Westdeutschland unterteilt - fällt der Anstieg der mit „mangelhaft“ bewerteten Zahlungseingänge in Westdeutschland auf. Der Wert verdoppelte sich nahezu und stieg von 9,6 auf 18,4 Prozent. In Ostdeutschland hingegen sank der Anteil der schlechten Einschätzungen von 30,1 Prozent im letzten Jahr auf jetzt 26,7 Prozent. Gesunken sind aber auch die sehr guten Beurteilungen, und zwar um 2,3 Prozentpunkte von 4,2 Prozent in 2000 auf nunmehr 1,9 Prozent.

***West und Ost gleichen sich an***

**Tab. 26: Zahlungsverhalten in Ost- und Westdeutschland**

■	West	Ost
sehr gut	3,6 ( 4,8)	1,9 ( 4,2)
gut	24,8 (24,2)	23,0 (17,0)
befriedigend	37,4 (40,5)	30,3 (28,8)
ausreichend	21,7 (19,0)	17,7 (18,4)
mangelhaft	12,4 ( 9,6)	26,7 (30,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Das Zahlungsverhalten hat sich in allen Branchen verbessert. Am schnellsten erhält der Handel sein Geld. 73,2 Prozent der Kunden zahlen innerhalb der Ein-Monatsfrist. Am längsten wartet das Verarbeitende Gewerbe. 2,9 Prozent seiner Kunden zahlen erst nach mehr als 90 Tagen. Insgesamt zieht sich die Zunahme bei den pünktlichen Zahlern durch alle Branchen.

***Schnellere Zahler***

Zu bedenken bleibt allerdings, dass rund ein Drittel der befragten Unternehmer sein Geld nicht pünktlich erhält, und die zeitliche Zäsur zwischen Lieferung und Bezahlung der Ware mit eigenen Mitteln überbrücken muss.

**Tab. 27: Zahlungsfristen der Kunden in den Hauptwirtschaftsbereichen**

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 30 Tage	65,5 (61,7)	65,4 (64,4)	73,2 (67,2)	69,0 (66,6)
bis 60 Tage	23,8 (27,7)	21,6 (22,2)	17,6 (22,4)	23,3 (20,6)
bis 90 Tage	6,6 ( 4,8)	9,3 ( 7,9)	6,1 ( 5,7)	4,2 ( 4,2)
über 90 Tage	2,9 ( 2,5)	2,8 ( 3,6)	2,0 ( 2,2)	2,7 ( 2,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Forderungsausfälle entstehen in der Regel, wenn es dem Kunden so schlecht geht, dass aufgrund eines Insolvenzverfahrens die Zahlungen gänzlich oder teilweise ausbleiben.

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmer (52,4 Prozent) gibt an, Forderungsverluste erlitten zu haben, weil ein Kunde insolvent geworden ist. Am meisten betroffen ist die Abfall- und Abwasserbeseitigung. 81,5 Prozent erleiden hier Ausfälle, weil der Kunde pleite ist.

Erstaunlich wenige Ausfälle vermeldet die Baubranche (43,1 Prozent). Grund dafür könnte die Wirkung des „Gesetzes zur Beschleunigung fälliger Zahlungen“ sein. Laut einer vom ZDH durchgeführten Umfrage haben sich die „Abschlagszahlungen“, die seit der Einführung des Gesetzes vom Unternehmer verlangt werden können, weitgehend durchgesetzt. Insbesondere das Bauhandwerk nutze diese Möglichkeit der Forderungssicherung, die von der Mehrheit der Kundschaft auch akzeptiert werde.

**Wenig Forderungsverluste im Baugewerbe**

**Tab. 28: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im 1. Halbjahr 2001**

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	50,3 (48,5)	49,0 (49,2)
Bau	43,1 (37,5)	56,9 (59,7)
Handel	57,3 (58,2)	42,4 (39,8)
Dienstleistungen	56,1 (48,3)	43,3 (49,3)
Gesamt	52,4 (48,6)	47,1 (49,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die Zahl der hohen Forderungsausfälle hat sich weiter erhöht. Forderungsverluste von mehr als einem Prozent zum Umsatz müssen 23,7 Prozent der befragten Mittelständler hinnehmen. Im letzten Jahr waren es noch 19,8 Prozent. Entsprechend gesunken ist die Zahl der geringen Forderungsausfälle von bis zu 0,1 Prozent des Umsatzes auf aktuell 23,0 Prozent.

**Tab. 29: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz**

■	bis 0,1	23,0 (25,0)
	bis 0,5	22,8 (23,9)
	bis 1,0	16,3 (16,1)
	über 1,0	23,7 (19,8)
	keine Verluste	13,3 (12,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Auch hier ist der Bausektor das Schlusslicht. 34,6 Prozent der Betriebe dieser Branche erleiden Forderungsverluste von mehr als einem Prozent des Umsatzes. Im vergangenen Jahr lag die Zahl noch bei 27,9 Prozent.

### 4.3 Insolvenzen im Mittelstand

Fehlerhafte Finanzierungsentscheidungen, aber auch – wie dargestellt – externe Faktoren wie Forderungsausfälle führen ein Unternehmen in die Krise. Die Zahl der Gesamt- und Unternehmensinsolvenzen steigt seit 1999 an. Im ersten Halbjahr 2001 meldeten 15.500 Betriebe Konkurs an – das entspricht einer Zunahme von 18,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2000.

***Insolvenzen steigen weiter***

**Tab. 30: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland**

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000 (1. Halbj.)	19.200	+ 21,5%	13.100	+ 1,6%
2000	41.200	+ 21,6%	27.800	+ 4,4%
2001 (1. Halbj.)	23.600	+ 22,9%	15.500	+ 18,3%

***Kleine Firmen von Pleite bedroht***

Dass insbesondere kleine Firmen von der Pleite bedroht sind, zeigt eine Aufsplittung der Insolvenzen nach Beschäftigten-Größenklassen. Mehr als die Hälfte der betroffenen Firmen in Westdeutschland hat weniger als 5 Beschäftigte. Lediglich zwei Prozent der Insolvenzstatistik in Westdeutschland machen Firmen aus, die mehr als 100 Leute beschäftigen. In Ostdeutschland sind die großen Betriebe noch stabiler – hier liegt der Insolvenzwert bei nur 1,3 Prozent.

**Tab. 31: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Ost- und Westdeutschland (jeweils für das 1. Halbjahr)**

■	West	Ost
1 – 5 Personen	55,9 (57,4)	43,4 (45,0)
6 – 10 Personen	14,9 (16,7)	20,6 (18,6)
11 – 20 Personen	11,4 (12,1)	16,2 (18,1)
21 – 50 Personen	7,9 ( 8,9)	11,1 (12,6)
51 – 100 Personen	2,8 ( 3,0)	3,9 ( 4,1)
> 100 Personen	2,0 ( 2,0)	1,3 ( 1,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., ( ) = Vorjahresangaben

Die ansteigende Zahl der Insolvenzen wirkt sich auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Darin könnte auch ein Grund für die bereits jetzt bestehende erhöhte Sensibilität der Banken bei der Kreditprüfung liegen. Um sich vor drohenden Ausfällen zu schützen, aber

auch, um im Zeichen verstärkten internationalen Wettbewerbsdrucks zu bestehen, wird die Kreditwürdigkeit gerade mittelständischer Kunden genauer geprüft.

## ■ 5 **Wirtschaftspolitisches Umfeld** **Flexibilisierung der Arbeit**

Die Lage am Arbeitsmarkt ist, wie bereits angesprochen, nicht rosig. Insbesondere Großunternehmen kündigen fast im Wochentakt neue Zahlen zu Mitarbeitern an, die aufgrund der dürftigen Wirtschaftslage entlassen werden müssen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. der Erhalt gefährdeter ist ein viel diskutiertes Thema nicht nur beim Bündnis für Arbeit. Gerade das VW-Modell „5.000 mal 5.000“ hat gezeigt, wo die Interessen zwischen Arbeitgebern und -nehmern bzw. ihren Vertretern auseinander klaffen. In der vorliegenden Analyse hat Creditreform besonders bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen den Bereich Arbeitsverhältnisse fokussiert.

Die Reform der sogenannten 630-Mark-Jobs im April 1999 hat nach Untersuchungen des Institutes der deutschen Wirtschaft nur kurzfristig zu einem Rückgang bei diesen „Minijobs“ geführt. Waren im Juni 1999 rund 3,7 Mio. Menschen geringfügig beschäftigt, so waren zwölf Monate später schon 400.000 Menschen mehr in diesem Bereich tätig. Somit sind fast 15 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Geringverdiener. Mittelständische Unternehmen setzen auf 630-Mark-Kräfte – fast 56 Prozent der Befragten haben Angestellte in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Dabei liegt der Anteil innerhalb der Unternehmen in den meisten Fällen bei bis zu 10 Prozent. Nur wenige Unternehmen beschäftigen mehr 630-Mark-Kräfte als Vollzeitkräfte – allein der Dienstleistungssektor weist mit 4,4 Prozent Unternehmen, in denen mehr als 75 Prozent der Mitarbeiter geringfügig beschäftigt sind, einen hohen Anteil aus.

***Ohne geringfügig Beschäftigte geht es nicht***

**Tab. 32: Anteil geringfügig Beschäftigter**

■	630-Mark-Kräfte	Teilzeitkräfte
bis 10%	84,1	76,5
bis 25%	9,6	15,9
bis 50%	3,2	6,4
bis 75%	0,6	0,5
über 75%	2,2	0,4

in % der Befragten, Rest o. A.

Neben den 630-Mark-Jobs, die überwiegend von Frauen in Anspruch genommen werden, spielen andere atypische Beschäftigungsverhältnisse, wie Teilzeitarbeit oder Zeitarbeit für den deutschen Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Rund 4,6 Mio. Arbeitsstellen der insgesamt 11,2 Mio. atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind Teilzeitstellen. Auch im Mittelstand beschäftigt jeder zweite Betrieb Teilzeitkräfte.

**Tab. 33: Kompensation der durch Zeitarbeit entstandenen Ausfallzeiten**

■	andere Mitarbeiter müssen mehr arbeiten	65,8
	neue Mitarbeiter werden eingestellt	30,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Seit Jahresanfang haben Arbeitnehmer grundsätzlichen Anspruch auf Zeitarbeit, wie es im "Gesetz über Zeitarbeit und befristete Arbeitsverträge" festgeschrieben ist. Mit dieser Initiative verbunden ist die Hoffnung, auf diesem Weg neue Arbeitsplätze zu schaffen – rund eine Million Stellen sollen laut Arbeitsminister Walter Riester entstehen. Neun Monate nach Inkrafttreten der Regelung ist noch kein positiver Effekt in den Statistiken zu erkennen. Die aktuelle Creditreform-Umfrage zeigt, dass die Möglichkeit zur Zeitarbeit von Angestellten in mittelständischen Unternehmen wenig genutzt wird. Nur bei 6,6 Prozent der befragten Betriebe haben Mitarbeiter die neue Regelung in Anspruch genommen. Der Rückschluss, dass in diesen Unternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch. Nur knapp 30 Prozent der Be-

### ***Teilzeit schafft keine neuen Arbeitsplätze***

fragten haben einen neuen Mitarbeiter eingestellt, um den Ausfall zu kompensieren. Zwei Drittel der Unternehmen wälzen die Mehrarbeit auf die verbliebenen Mitarbeiter ab, um den Arbeitsausfall wettzumachen - in letzter Konsequenz werden hier wohl Überstunden geleistet. Diese Entwicklung ist sicherlich nicht im Sinne des Arbeitsministers.

Im letzten Jahr sind in Deutschland insgesamt 1,85 Mrd. Überstunden geleistet worden. Zwar ist die Zahl der durchschnittlichen Überstunden pro Arbeitnehmer in den letzten zehn Jahren von 68 auf 60 Stunden gesunken, aber gerade hier fordern Gewerkschaften Maßnahmen zur Einschränkung von Mehrarbeit. So ließen sich laut Vertretern der Arbeitnehmern alleine 350.000 neue Stellen schaffen, in dem die zusätzliche Arbeitszeit auf 48 statt 60 Stunden begrenzt würde. Überstunden gehören auch im Mittelstand zum Arbeitsalltag – bei fast 56 Prozent der Unternehmen fallen regelmäßig Überstunden an.

**Fachkräfte machen  
Überstunden**

**Tab. 34: Firmenebenen mit regelmäßigen Überstunden  
(Mehrfachnennung möglich)**

■	Geschäftsführung	69,2
	Abteilungsleiter	43,3
	Fachkräfte	86,4
	Hilfskräfte	30,4

Angaben in % der Befragten

Die Rechnung Überstunden gleich Arbeitsplätze erweist sich bei näherer Betrachtung als Milchmädchenrechnung. Gerade im Bereich Geschäftsführung und Fachkräfte fallen die meisten Überstunden an. Und der Fachkräftemangel ist schon seit längerer Zeit ein Problem des deutschen Arbeitsmarktes, das auch die Greencard-Regel kaum beheben konnte. Die Zahl der Überstunden variiert stark. Die Durchschnittszahl war ja schon mit 60 Stunden angegeben worden. Immerhin fast 28 Prozent der mittelständischen Unternehmen gab an, dass pro Mitarbeiter mehr als 100 Überstunden im Jahr anfallen.

**Tab. 35: Durchschnittliche Anzahl der Überstunden pro Mitarbeiter im Jahr**

■	bis 20	10,4
	bis 40	16,9
	bis 60	16,2
	bis 80	11,6
	bis 100	15,1
	über 100	27,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

### **Arbeitszeiten flexibel halten**

Die Zeit der starren Arbeitszeiten gehört in den meisten Unternehmen der Vergangenheit an, gerade große Unternehmen nutzen die Möglichkeit mit flexiblen Arbeitszeiten auf personelle Engpässe reagieren zu können. Auch im Mittelstand geben rund 60 Prozent der Unternehmen an, mittels flexibler Arbeitszeiten Überstunden abzubauen. Dabei greifen die Unternehmen auf verschiedene Modelle zurück. Zu den gebräuchlichsten gehört neben der Einrichtung von Jahreszeitkonten die Gleitzeit.

**Tab. 36: Möglichkeiten zum Abbau angefallener Überstunden (Mehrfachnennung möglich)**

■	Gleitzeit	36,5
	Wochenzeitkonten	13,6
	Jahreszeitkonten	62,8
	andere Möglichkeiten	21,8

Angaben in % der Befragten

Für den Einsatz flexibler Arbeitszeiten sprechen neben dem Abbau bzw. Vermeidung von Überstunden noch weitere Argumente, wie die längere Nutzung der Produktionsanlagen. Sicherlich werden in Deutschland zu viele Überstunden gemacht – allerdings liegt hier ebenso wenig wie in der Teilzeitarbeit der Schlüssel für die Verringerung der Arbeitslosenquote.

**Tab. 37: Gründe für flexible Arbeitszeiten  
(Mehrfachnennung möglich)**

■	Vermeidung von Überstunden	51,9
	längere Öffnungs-/Produktionszeiten	50,4
	höhere Arbeitsmotivation	49,4
	Anpassung an höheren Personalbedarf	40,7

Angaben in % der Befragten

## ■ 6 Zusammenfassung

Schlechter als im Herbst 2000 beurteilen mittelständische Unternehmen die aktuelle Auftragslage in Deutschland. So sprechen jetzt noch 32,7 Prozent der 4.600 Befragten von einer guten bzw. sehr guten Ordersituation – binnen Jahresfrist ein Rückgang um 8,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig stieg der Anteil schlechter Voten auf 16,0 Prozent (2000: 11,3 Prozent), so dass unter dem Strich ein positiver Saldo von 16,7 Prozent bleibt. Im Herbst 2000 lag der Saldo aus guten und schlechten Noten noch bei 30,3 Prozent.

Im Handel beurteilt nur jeder Vierte die Auftragslage mit gut oder sehr gut, so dass der Saldo auf 7,5 Prozent schmilzt (Vorjahr: 20,3 Prozent). Hoffnungsvoll bleibt die Lage beim Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Zwar hat sich bei den Dienstleistern der Anteil negativer Voten mehr als verdoppelt (2001: 14,3 Prozent; 2000: 6,6 Prozent), aber dank eines geringen Rückgangs bei den guten und sehr guten Beurteilungen (minus 6,8 Prozentpunkte) verzeichnet diese Branche mit 24,7 Prozent den positivsten Saldo.

Stark gestiegen ist binnen Jahresfrist der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe, die sinkenden Umsätze verkraften mussten (2001: 31,3 Prozent; 2000: 22,8 Prozent). Steigende Umsätze haben in den letzten sechs Monaten 33,9 Prozent der Befragten verbucht – 6,5 Prozent weniger als noch im letzten Herbst. Im Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor sprechen mehr Unternehmen von Umsatzsteigerungen als Umsatzrückgängen. Im Handel und beim Bau dominieren dagegen die Unternehmer mit einer rückläu-

figen Umsatzentwicklung. Für den Bau ergibt sich ein negativer Saldo von 4,0 Prozent, im Handel liegt der Saldo sogar bei minus 8,2 Prozent. Auf der anderen Seite steht der Industriesektor mit einem Plus von 8,9 Prozent sowie die Dienstleistungsbranche mit einem positiven Saldo von 8,2 Prozent.

Weiter zurückgegangen ist auch der Anteil mittelständischer Unternehmer, die in den letzten Monaten Personaleingestellt haben (2001: 22,3 Prozent; 2000: 30,3 Prozent). Gleichzeitig melden mehr Betriebe, sich von Mitarbeitern getrennt zu haben (2001: 24,5 Prozent; 2000: 18,0 Prozent), so dass hier ebenfalls ein negativer Saldo von 2,2 Prozent festzuhalten bleibt. Noch im Herbst 2000 lag der Anteil von Unternehmen, die neue Mitarbeiter eingestellt haben, 12,3 Prozent über dem Teil, der Personal entlassen hat. In den Branchen ergibt sich das gleiche Bild wie bei der Umsatzentwicklung. Während im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungsbetrieben noch mehr Firmen einstellen als entlassen (Verarbeitendes Gewerbe: 3,2 Prozent; Dienstleistungen: 5,2 Prozent), überwiegen im Bau und Handel die Unternehmen mit Personalkürzungen (Bau: 12,7 Prozent; Handel: 6,2 Prozent).

Der deutsche Mittelstand blickt wenig optimistisch auf die weitere Entwicklung der Umsätze. In den nächsten sechs Monaten hoffen noch 28,9 Prozent der befragten Unternehmer auf Umsatzsteigerungen (2000: 36,5 Prozent). Rückläufige Umsätze befürchten insgesamt 24,7 Prozent der KMU – ein Zuwachs um 9,4 Prozentpunkte. Stabil geblieben ist der Anteil positiver Erwartungen allein im Dienstleistungssektor (2001: 32,6 Prozent; 2000: 33,4 Prozent). In den anderen drei Wirtschaftsbereichen ist eine Abnahme um rund zehn Prozentpunkte bei den Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Dagegen weisen alle vier Wirtschaftsbereiche einen deutlichen Zugang von negativen Aussagen aus. Keine große Schwankungen zeigen die Aussagen zur Preisentwicklung. Höhere Preise wollen 31,1 Prozent der Befragten durchsetzen (2000: 32,7 Prozent), Preissenkungen stehen bei 17,5 Prozent der Betriebe an (Vorjahr 13,0 Prozent). Nach wie vor avisieren im

Handel die meisten Unternehmen Preissteigerungen (41,6 Prozent).

Was sich bei der aktuellen Stellensituation angedeutet hat, findet bei den weiteren Personalplanungen des Mittelstandes seine Fortsetzung. Die Zahl der Unternehmen, die neue Mitarbeiter einstellen wollen, ist um vier Prozentpunkte zurückgegangen. Bei gleichzeitiger Zunahme der Betriebe, die Entlassungen vornehmen wollen – um 6,6 Prozentpunkte auf 23,1 Prozent - erhöht sich der negative Saldo aus dem Vorjahr deutlich (2001: minus 11,9 Prozent; 2000: minus 1,3 Prozent). Gegen den Trend stemmt sich der Handel, wo mehr Unternehmen Mitarbeiter einstellen wollen als noch im Herbst 2000 (2001: 12,8 Prozent; 2000: 10,6 Prozent). Selbst im Dienstleistungssektor ist ein klarer Rückgang von Betrieben zu verzeichnen, welche die Personaldecke vergrößern wollen (2001: 16,1 Prozent; 2000: 25,0 Prozent).

Deutlich gelitten hat die Investitionsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. War im Herbst 1999 mit 64,5 Prozent ein Höchststand (seit 1996) von investitionsbereiten Unternehmen vermeldet worden, so ist der Wert nach 52,1 Prozent im letzten Herbst auf aktuell 43,2 Prozent abgesunken - zum ersten Mal überwiegt der Anteil der investitionsunwilligen Betriebe. Den geringsten Willen zu neuen Investitionen verzeichnet nach wie vor das Baugewerbe (2001: 32,0 Prozent; 2000: 36,1 Prozent). Ein auffälliger Rückgang der investitionsbereiten Firmen ist im Dienstleistungssektor festzustellen, der noch im letzten Jahr am investitionsfreudigsten war (2001: 48,0 Prozent; 2000: 67,6 Prozent). Bei den Investitionsarten steht beim Mittelstand weiterhin Ersatz an erster Stelle (54,1 Prozent), gefolgt von Erweiterungsinvestitionen (47,7 Prozent).

Um die Finanzierung mittelständischer Unternehmen ist es nicht gut bestellt, worauf nicht nur die rückläufigen Ertragserwartungen hinweisen. Den 28,5 Prozent mit steigenden Gewinnaussichten stehen aktuell 34,6 Prozent gegenüber, die sinkende Erträge in den nächsten Monaten fürchten. Im vergangenen Jahr lag

der Anteil der Optimisten bei 32,4 Prozent und somit höher als die Zahl der Pessimisten (31,0 Prozent). Die prekäre Ertragslage des deutschen Mittelstandes spiegelt sich darüber hinaus auch bei den Eigenkapitalquoten deutlich wider, wo kapitalschwache und kapitalstarke Unternehmen gleichermaßen zugelegt haben. Die Zahl der Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Eigenkapital stieg auf 39,6 Prozent (2000: 38,8 Prozent). Gleichzeitig wuchs die Zahl der solide finanzierten Unternehmen mit einer Eigenkapitaldecke über 30 Prozent um 1,3 Prozentpunkte auf 20,3 Prozent. Die schlechte konjunkturelle Entwicklung hinterlässt deutliche Spuren im Baugewerbe. Hier ist eine klare Zunahme bei der unterkapitalisierten Unternehmen zu registrieren (2001: 54,1 Prozent; 2000: 35,8 Prozent).

Obwohl alle Hauptwirtschaftsbereiche über schnellere Zahlungseingänge berichten, fallen die Bewertungen des Zahlungsverhaltens schlechter aus als noch vor einem Jahr. Sehr gute Noten verteilt der Mittelstand nur noch zu 3,2 Prozent. Im Herbst 2000 stuften noch 4,6 Prozent der Unternehmen das Verhalten ihrer Kunden bei der Rechnungsbegleichung mit sehr gut ein. Die Zahl mangelhafter Noten stieg im gleichen Zeitraum um 1,5 Prozentpunkte auf aktuell 16,3 Prozent an. Im Durchschnitt begleichen zwei Drittel aller Kunden pünktlich ihre Rechnungen, also innerhalb von 30 Tagen. Ein Drittel dagegen lässt deutlich mehr Zeit verstreichen bis das Geld für die erbrachte Leistung überwiesen wird – zum Teil warten die Betriebe mehr als 90 Tage auf die Bezahlung. Nicht nur Verzögerungen bei der Rechnungsbegleichung beeinflussen die Finanzkraft der Unternehmen – auch der Totalausfall einer Forderung kann dramatische Auswirkungen für den Betrieb haben. Über 85 Prozent der befragten Firmen haben in den vergangenen sechs Monaten Forderungsausfälle hinnehmen müssen. Dabei ist der Anteil hoher Forderungsverluste deutlich gestiegen – während im Jahr 2000 19,8 Prozent der KMU Verluste von über einem Prozent gemessen am Umsatz hinnehmen mussten, sind es aktuell 23,7 Prozent.

Bei den Unternehmensinsolvenzen ist für das erste Halbjahr ein Anstieg um 18,3 Prozent auf 15.500 Fälle zu registrieren (1. Halbjahr 2000: 13.100 Insolvenzfälle), was sowohl in der konjunkturellen Schwäche als auch in der schwierigen Finanzlage des Mittelstandes begründet ist. Insgesamt hat die Zahl der Insolvenzen in Deutschland um 22,9 Prozent auf 23.600 Fälle zugenommen (1. Halbjahr 2000: 19.200). Besonders betroffen sind kleinste Unternehmen mit weniger als fünf Mitarbeitern - rund 56 Prozent der insolventen Unternehmen in Westdeutschland und 43,4 Prozent in Ostdeutschland gehören zu dieser Größenklasse. Große Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten sind einem deutlichen geringeren Insolvenzrisiko ausgesetzt. (West: 2,0 Prozent; Ost: 1,3 Prozent). Eine Besserung ist bei der Insolvenzentwicklung nicht zu erwarten, zumal schon jetzt Banken die Messlatte bei der Kreditprüfung höher legen, bevor noch die neuen Regeln zur Eigenkapitalunterlegung der Banken bei der Kreditvergabe (Basel II) 2005 in Kraft treten.

Mit einem gesetzlich geregelten Anspruch auf Teilzeitarbeit sollten zusätzliche Anreize für den Arbeitsmarkt geschaffen werden. Im Mittelstand haben in den neun Monaten nach Verabschiedung des Gesetzes wenig Mitarbeiter von dieser Regelung Gebrauch gemacht (6,6 Prozent). Den personellen Ausfall wälzen zwei Drittel der Unternehmer auf andere Mitarbeiter ab, die mehr arbeiten müssen. Nur in jedem dritten Unternehmen wurde ein neuer Arbeitsplatz geschaffen. Bei der Diskussion um die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird auch immer der Abbau von Überstunden gefordert, die hauptsächlich bei Fachkräften (86,4 Prozent) und in der Geschäftsführung (69,2 Prozent) anfallen. In fast jedem dritten Betrieb muss jeder Mitarbeiter mehr als 100 Überstunden im Jahr leisten. Zum Abbau von Überstunden greifen Unternehmen auf unterschiedliche Möglichkeiten zurück, damit Mitarbeiter diese Zeit abbauen können. Favorisiert werden dabei die Einrichtung von Jahreszeitkonten (62,8 Prozent) sowie gleitende Arbeitszeiten (36,5 Prozent).

## ■ 7 Basis der Untersuchung

### 7.1 Begriffsbestimmung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die eine Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 100 Mio. DM zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die "Personaleinheit" von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für die Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

### 7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 38: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Verarbeitendes Gewerbe	1.173
	Bau	896
	Handel	1.370
	Dienstleistungen	1.156
	<b>Gesamt</b>	<b>4.595</b>

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

#### Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechn., Feinmech./Optik, Herstell. von EBM-Waren, Musikinstr., Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

### Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

### Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

### Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

### Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung
- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- sonstige unternehmensnahe Dienstleister
- sonstige konsumnahe Dienstleister

## 7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Die 4.595 befragten Unternehmen in Deutschland bevorzugen folgende Rechtsformen:

**Tab. 39: Rechtsformen der befragten Unternehmen**

■	Einzelkaufmann	25,4
	OHG	1,3
	KG	1,3
	GmbH & Co. KG	13,3
	GmbH	52,5
	AG	1,0
	Sonstige	5,0

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

## 7.4 Sitz des Unternehmens

Tab. 40: Sitz des Unternehmens

■	Schleswig-Holstein	2,9
	Hamburg	1,4
	Niedersachsen	9,4
	Bremen	0,7
	Nordrhein-Westfalen	19,2
	Hessen	7,4
	Rheinland-Pfalz	4,8
	Baden-Württemberg	11,6
	Bayern	11,7
	Saarland	1,4
	Berlin (West)	2,3
	Mecklenburg-Vorpommern	2,3
	Sachsen-Anhalt	4,1
	Brandenburg	5,8
	Thüringen	6,8
	Sachsen	6,2
	Berlin (Ost)	2,0

Angaben in % der Befragten

## 7.5 Betriebsgrößenordnung

Tab. 41: Anzahl der Beschäftigten

■	bis 20	61,7
	21 – 50	20,1
	51 – 100	11,1
	101 – 200	4,6
	201 – 300	1,2
	301 – 400	0,2
	401 – 500	0,3

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung  
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171  
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2001, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 18. Oktober 2001